

**BVV diskutiert über Gedenkstätte für Corona-Opfer, Straßennamen und den Zivilschutz.** Etwas überraschend hat sich die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Charlottenburg-Wilmersdorf darauf verständigt, nun doch wieder in Präsenzsitzungen statt in Videokonferenzen zu tagen. Die Fraktionen der CDU und der FDP hatten dies gefordert und darauf verwiesen, dass auch der Deutsche Bundestag und das Berliner Abgeordnetenhaus nicht mehr online zum Schutz vor Coronavirus-Infektionen debattieren.

**Die BVV trifft sich** am Donnerstag, 19. Mai, ab 17 Uhr im Schiller-Gymnasium an der Schillerstraße 125. Auf YouTube ist ein Livestream geplant. Einen Link darauf soll es bald auf der Webseite des Bezirks geben, wo auch [die Tagesordnung steht](#).

**Eine „Gedenkstätte für die Opfer der Corona-Pandemie“** fordert die SPD-Fraktion. „Vielen Menschen war es nicht möglich, sich noch von Ihren Familienangehörigen und Freunden zu verabschieden“, heißt es in dem [Antrag](#). Es sei „nötig, für die Hinterbliebenen einen Ort des Innehaltens und der Trauer im öffentlichen Raum an einem belebten Platz zu schaffen und damit auch zu verdeutlichen, dass diese Pandemie existiert“. Der Vorschlag wurde allerdings schon im BVV-Kulturausschuss mehrheitlich abgelehnt. Es sei „zu früh“, fand **Anja Kraus** (Grüne). „Wir sind noch in der Pandemie.“ Wenn überhaupt, solle es eine „bundesweite“ Gedenkstätte geben.

„**Antisemitische Bezüge**“ bei den Namen von 39 Straßen und Plätzen in Charlottenburg-Wilmersdorf sieht der Politologe **Felix Sassmannshausen**. Der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, **Samuel Salzborn**, hatte ihn mit einer berlinweiten Untersuchung beauftragt. Um welche Orte es in unserem Bezirk geht, können Sie mit einem Abo unseres Digitalangebots Tagesspiegel Plus [hier lesen](#). Die Linksfraktion [schlägt eine Kommission vor](#), die sich mit dem Thema auseinandersetzt. „Wir wollen nicht 39 Straßen und Plätze umbenennen“, machte die Co-Fraktionsvorsitzende **Frederike-Sophie Gronde-Brunner** bereits im Kulturausschuss deutlich. Tatsächlich schlägt auch Sassmannshausen überwiegend andere Maßnahmen vor, darunter zusätzliche Informationstafeln.

**Die BVV-Mehrheit wird wohl gegen die Kommission stimmen.** Im Ausschuss scheiterte der Antrag bereits. Das Gutachten benenne auch „Nebenschauplätze“ wie die Goethestraße und die Kantstraße, kritisierte der SPD-Bürgerdeputierte **Yves Clairmont**. „Bürger würden sich den Kopf kratzen.“ Die CDU-Bezirksverordnete **Cordula Kollotschek** fand, man solle „nicht alles in einen Topf werfen“. Auch **Jürgen Karwelat**, Vorstandsmitglied der Berliner Geschichtswerkstatt und Bürgerdeputierter der Grünen, nannte die Liste „nicht wirklich hilfreich“. **Christiane Timper** (SPD) wunderte sich darüber, dass nach dem Willen der Linken keine BVV-Mitglieder der Kommission angehören sollen und nur deren Abschlussbericht in einer öffentlichen Veranstaltung diskutiert würde. „Das ist kein großer Bürgerdiskurs.“

**Um den Zivil- und Katastrophenschutz** geht es der FDP-Fraktion angesichts des Krieges in der Ukraine. Dieser zeige, dass „Frieden keine Selbstverständlichkeit ist“. Berlin müsse „für seine Bürgerinnen und Bürger Vorsorge treffen und jederzeit vorbereitet sein“, steht in einem [FDP-Antrag](#). Das Bezirksamt solle gemeinsam mit dem Senat prüfen, ob frühere Schutzräume „reaktiviert werden können“ und ob es möglich ist, öffentliche Tiefgaragen für den Zivilschutz zu „ertüchtigen“.

**Fragen zum gleichen Thema** stellt [die CDU-Fraktion](#). Das Bezirksamt soll erklären, welche Konzepte es derzeit gibt und wie es die „Versorgungssituation für die Bevölkerung“ im Fall einer Katastrophe oder militärischen Auseinandersetzung beurteilt.